

Sozialdemokratische Probleme

„Jenseits der Sozialdemokratie“ lautet der Titel der ersten Ausgabe des *Jacobin Magazin*.¹ Es handelt sich um den deutschen Ableger des 2010 von Herausgeber Bhaskar Sunkara gegründeten *Jacobin Magazines*. Die US-Zeitschrift bildet ein Spektrum ab, das vom linken Flügel der Demokratischen Partei bis zu marxistischen Intellektuellen reicht. Nach eigenen Angaben verfügt der englischsprachige *Jacobin* heute über 50.000 Abonnements und erreicht mit seinen im Netz publizierten Artikeln monatlich ein Publikum von zwei Millionen Menschen.

Im Editorial des deutschen Jakobiners plädieren Chefredakteurin *Ines Schwerdtner* und Herausgeber *Ole Rauch* für „demokratischen Sozialismus“ und meinen damit „demokratische Planung und Kooperation“ (S. 3). Ihre Kritik an der SPD konzentriert sich darauf, dass die Partei einen „Seitenwechsel“ vollzogen habe, als sie unter Bundeskanzler Gerhard Schröder die Grundlagen für den größten Niedriglohnsektor in Europa schuf. Das ist in etwa auch der Tenor der übrigen Beiträge. Der Titel der Ausgabe ist irreführend, denn das Heft beschäftigt sich nicht etwa mit der Linken „jenseits der Sozialdemokratie“, sondern fast ausschließlich mit der SPD selbst. Die Redakteure *Loren Balhorn* und *Linus Westheuser* wollen an eine „andere Seite der Sozialdemokratie erinnern – daran nämlich, dass sie nicht immer nur stabilisierte, bremste und brav mitregierte, sondern zunächst über Jahrzehnte eine radikale Bewegung arbeitender Menschen verkörperte und auch später erhebliche Verbesserungen für die breite Masse der Bevölkerung erkämpfen konnte“ (S. 44). Der während der Kanzlerschaft Willy Brandts verhängte „Radikalerlass“ von 1972 – ein Beispiel für den Antikommunismus und Antisozialismus der SPD – kommt nur am Rande vor (S. 49).. Die Autoren meinen, die Sozialdemokratie sei dabei, „ihre kompromittierte reformistische Stellung zu verlieren“ (S. 50). Dem kann man entgegenhalten, dass die Partei bis jetzt nur einen Teil ihrer Wählerschaft eingebüßt hat.

Im Interview mit *Sebastian Friedrich* sagt der stellvertretende Parteivorsitzende *Kevin Kühnert*, dass er in der SPD „falsch aufgehoben“ wäre, wenn er kein Sozialist sei (S. 79). *Oliver Nachtwey* schreibt über strukturellen Ursachen für die Krise der SPD. Es dürfte der Tendenz nach richtig sein, dass die heutige „Arbeiterklasse des Dienstleistungssektors, die eher weiblich, migrantisch und prekär beschäftigt ist (...), nie in die Partei hineingefunden“ (S. 68) hat, als Erklärung ist das jedoch kaum ausreichend. Nachtwey hofft darauf, dass mit Hilfe einer starken SPD „sozialer Fortschritt“ (S. 69) gegen konservative Parteien durchgesetzt werden könne. Solche Hoffnungen wurden in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder enttäuscht.

Außerhalb des Schwerpunkts finden sich lesenswerte Beiträge, etwa von *Natascha Strobl* über den österreichischen Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP), von *Ilker Eğilmez* über Bodenkäufe des Aldi-Konzerns sowie ein Interview mit der britischen Ökonomin *Grace Blakeley* über den Finanzkapitalismus und die Labour Party.

Michael Zander

¹ *Jacobin Magazin*, H. 1, Frühjahr 2020, 132 S., 10 Euro.

Archivforschungen zur Geschichte der Linken

Der in Berlin ansässige *Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung* gibt mit seinen „Mitteilungen“ eine regelmäßige Übersicht zu Archivbeständen und Archivfunden der Arbeiterbewegung und auch neueren sozialen Bewegungen. Im vorliegenden Heft 57 vom März 2020¹ berichtet *Silke Neunsinger* unter dem Titel „Arbeitergeschichte im Keller?“ über nationale Bibliotheken und Archive der Arbeiterbewegung in Skandinavien, die zu den ältesten der Welt zählen. Die entsprechenden Archive und Bibliotheken in Schweden, Norwegen, Dänemark und Finnland wurden von der damaligen Führungsriege der Arbeiterbewegung zwischen 1902 und 1909 gegründet. Es ging ihnen von Anfang an – so die Gründungsstatuten des schwedischen „Arbetsrörelsens arkiv och bibliotek“ (ARAB) von 1902 – um eine „Gegengeschichte“ gegen die bürgerlich-nationalistische Geschichtsschreibung. Neben der Sammlung von Dokumenten trugen die Archive zur Arbeiterbildung bei, lieferten Organisationsgeschichten und führten auch eigene Forschungen durch – in Schweden entstand z.B. in den 1940er Jahren eine mehrbändige Geschichte der Arbeiterklasse, die vom mittelalterlichen Handwerk bis zur Untersuchung der Kultur der Arbeiterklasse reichte. Neunsinger informiert über die „Akademisierung“ der Arbeitergeschichte seit den 1970er Jahren und entsprechende Publikationen (Zeitschriften, Jahrbücher).

Rainer Holze stellt das „APO-Archiv im Universitätsarchiv der FU Berlin“ vor. Es handelt sich um die umfangreichste Dokumentation von Aktenüberlieferungen, Zeitschriften, Sammlungen, Nachlässen und anderen Quellenmaterialien von Aktivist*innen zur Entwicklung der Studierendenbewegungen sowie der außerparlamentarischen Opposition in der alten BRD (1.200 Meter laufender Bestand). Die von einem damaligen Studenten initiierte Sammlung begann etwa 1963; ab 1966 erfolgte eine systematische Archivierung am „Institut für politische Wissenschaften“ der FU plus Aufbau einer Zeitungsausschnittsammlung. Den Kern des Bestandes macht, so Holze, der archivalisch voll erschlossene und digitalisierte Bestand des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) aus. Daneben gibt es umfangreiche Aktenbestände zum KBW, (Kommunistischer Bund Westdeutschlands), zu den Neuen sozialen Bewegungen (Frauenbewegungen, Anti-AKW-Bewegung) sowie dem Marxistischen Studentenbund Spartakus sowie archivierte Dokumente über Berufsverbote. Trotz der vollständigen Digitalisierung sämtlicher Bestände stehen diese hinsichtlich des Datenschutzes jedoch bisher ausschließlich auf Anfrage und vor Ort zur Einsicht.

Unter „Besondere Zeitdokumente“ präsentiert *Eckhard Müller* eine Erinnerung von August Bebel (zuerst erschienen in der „Altenburger Volkszeitung. Organ für die Interessen des werktätigen Volkes im Herzogtum Altenburg“ vom 17. August 1913) zu Auseinandersetzungen im ADAV in Leipzig 1870. Wilhelm Liebknecht

¹ Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung e.V., Mitteilungen Nr. 57, März 2020, 72 S. (Bezug: d.goldbeck@web.de), 3,- Euro plus Porto.

und August Bebel hatten sich bei der Bewilligung von Kriegsgeldern für den Deutsch-Französischen Krieg enthalten und wurden daraufhin von den Lassalleanern des Landesverrates bezichtigt. Als Liebknecht auch persönlich bedroht wurde, kam es zu handgreiflichen Auseinandersetzungen, bei denen die Lassalleaner Prügel bezogen. In der gleichen Rubrik berichtet *Erwin Lewin* über die Rettung jüdischer Flüchtlinge in Albanien während des Zweiten Weltkrieges. *Ottokar Luban* hat Material über die Agitation der Linkssozialisten Carl Minster und Wilhelm Pieck während des 1. Weltkrieges unter den nach Holland desertierten deutschen Soldaten zusammengetragen. Minster finanzierte dort 1917 die Zeitung „Der Kampf“ mit Geldern, die der französische Militärattaché bei seinem Minister akquirieren konnte. Dieser wollte damit die „Zerstörung des deutschen Kaiserreiches“ befördern. Wilhelm Pieck reiste mindestens einmal im September 1918 im Auftrag des französischen Militärattachés nach Berlin, um die Lage bei den revolutionären Ob-leuten zu sondieren, die versuchten, aus der gleichen Quelle Geld für die Waffenbeschaffung zu erhalten, was jedoch misslang. Aus Angst vor „revolutionärer Anstechung“ wurden vom französischen Kriegsminister und Ministerpräsidenten Clemenceau alle französischen Zahlungen an die deutschen Revolutionäre eingestellt.

Es folgen Berichte zu Tagungen, Konferenzen und Forschungsprojekten, „Personalien“ (u.a. zum 80. Geburtstag von Rainer Holze sowie ein Interview mit dem Historiker Siegfried Prokop), Buchbesprechungen und Literaturhinweise. Insgesamt ein auch für Nicht-HistorikerInnen informatives und interessantes Heft.

Natalie Morell

Der Kulturkampf der „Neuen Rechten“ als Problem der internationalen Beziehungen

Die sogenannte Neue Rechte ist auf dem Vormarsch. Neben Deutschland und Europa ist sie vor allem in den USA, Brasilien, Indien und auf den Philippinen prominent. Dort konnten rechtspopulistische bzw. rechtsextreme Parteien und Bewegungen wichtige politische Siege erringen, seien es Einzüge in die Parlamente oder gar in die Präsidentialpaläste ihrer jeweiligen Länder. Oft werden sie isoliert betrachtet, d.h. nur in ihren nationalen politischen Arenen. Registriert wurden Ähnlichkeiten zwischen den Rechten in verschiedenen Ländern, etwa im Hinblick auf Programmatik, Rhetorik und vor allem die erfolgreiche Nutzung der digitalen Medien, jedoch beschränken sich entsprechende Untersuchungen oft auf eine oberflächliche Analyse einzelner Phänomene.

In ihrem Beitrag „Confronting the International Political Sociology of the New Right“ für die Zeitschrift *International Political Sociology*² zeigen Rita Abrahamsen et al. die durch rechtspopulistische Akteure verursachten Verwerfungen

2

Rita Abrahamsen, Jean-Francois Drolet, Alexandra Gheciu, Karin Narita, Srdjan Vucetic und Michael Williams, „Confronting the International Political Sociology of the New Right“, *International Political Sociology*: 14 [2020], S. 94-107. Oxford University Press, 48,- €

innerhalb der internationalen Beziehungen auf. Darüber hinaus analysieren sie die internationalen Beziehungen innerhalb der Rechten sowie die jeweils zugrunde liegende politische Soziologie. Trotz der Diversität der Bewegungen und Parteien gibt es, so die Autor*innen, die „unübersehbare internationale Dimension gegenwärtiger nationalistischer, populistischer Bewegungen“, die sich „manchmal in sehr losen Netzwerken, manchmal in koordinierten Zusammenschlüssen wie im Europaparlament“ (S. 95, eigene Übers.) organisieren und auf eine engere Kooperation hinarbeiten.

Die Autor*innen nehmen Stuart Halls gramscianisch geprägte Deutung des ihm zeitgenössischen Thatcherismus als „autoritären Populismus“ (1979) zum Ausgangspunkt (S. 96, eigene Übersetzung). Sie zeichnen den ideengeschichtlichen Werdegang der „Neuen Rechten“ nach, so die rechts-gramscianische „Nouvelle Droite“ der frühen 1970er Jahre, Guillaume Fayes Konzept der „Metapolitik“ und die Ansätze der paläokonservativen US-Denker Sam Francis und Paul Gottfried. Analog zu Gramscis Theorem von der kulturellen Hegemonie lassen sich die aktuellen Politiken rechtspopulistischer Bewegungen als „Bewegungskrieg“ identifizieren, als oberflächliche, kurzfristige Politik gegen die liberale Weltordnung. Dem liegt allerdings ein „Stellungskrieg“ zugrunde, eine rechte „Metapolitik“, die liberale Demokratien nicht allein über parlamentarische Kämpfe, sondern über einen *gegenhegemonialen Kulturkampf* angreift. Dies geschieht, indem ein sozialkonservativer, nationalistischer „Common Sense“ erzeugt wird, der liberale „Wahrheiten“ und kulturelle Normen herausfordert und bekämpft.

So haben es die Ideolog*innen der „Neuen Rechten“ seit den 1970er Jahren verstanden, ein gemeinsames ideologisches Fundament, eine gemeinsame internationale politische Soziologie zu entwickeln, die eine populistisch zwischen dem (jeweiligen) Demos und einer angeblich entfremdeten liberalen Elite, einer globalen Klasse aus Expert*innen trennt. Der rechte Populismus identifiziert nicht die Logik des Kapitalismus als treibende Kraft hinter der (neo-)liberalen Globalisierung, sondern betrachtet eine „globalistische“ Ideologie und die aus ihr erwachsenen Institutionen als Gegenspieler. Er wähnt sich, so die Autor*innen, auf der Seite derjenigen, die sich den „globalistischen Imperativen“ nicht mehr beugen (S. 97-98). Das Feindbild einer globalen Managerklasse geht einher mit der altbekannten faschistischen Unterscheidung zwischen „schaffendem“ und „raffendem“ Kapital, mit (wenigstens sekundär-) antisemitischen Stereotypen und einer konzeptuellen Verquickung von Finanzkapital und Verwaltungsstaat. So lässt sich in rechter sozialchauvinistischer Tradition sowohl nach Unten gegen vermeintlich bevorzugte Minderheiten als auch nach oben auf die „Eliten“ schimpfen. Bekanntlich beziehen sich in Europa viele konservative bis offen neonazistische politische Gruppierungen auf das (ursprünglich dem Gaullismus entstammenden) Konzept eines *Europas der Vaterländer*. Ähnlich wie linke Globalisierungskritik interpretieren rechte Ideolog*innen den Export westlicher Technologie und politischer Ökonomie in den Globalen Süden als Ursache dortiger Gewaltherrschaft und Verelendung. Daraus resultiert ihre Forderung nach der Stärkung nationalstaatlicher Souveränität gegenüber internationalen Organisationen sowie das Ende liberaler Interventionen. Dies rückt den Rechtspopu-

lismus in die Nähe traditionell linker Strömungen und die daraus entstehenden Potentiale sind seinen Vordenker*innen durchaus bewusst.

Die Ideolog*innen der „Neuen Rechten“ wännen die zivilgesellschaftlichen Institutionen, darunter Medien, Kultureinrichtungen, Schulen, Wissenschaft und Universitäten, in gegnerischer Hand und arbeiten an einem gegenhegemonialen Block, um das gesamtgesellschaftliche Narrativ zu verschieben (S. 102-103). Davon zeugen die vielen neugegründeten rechten Medienanstalten, Think-Tanks und politischen Akademien. Ein aktuelles Beispiel ist *Fritzfeed*, eine rechtsextreme Kopie des erfolgreichen Unterhaltungsportals *Buzzfeed*, das vor kurzem online ging.³

Der Beitrag von Abrahamsen et al. enthält v.a. zwei wichtige Lektionen: Erstens werden zu sehr personalisierende Erklärungsmuster für kapitalistische Krisen und Ausbeutungsmechanismen oder die Idee eines linken Populismus nicht helfen, die bestehenden Verhältnisse in einem fortschrittlichen Sinne zu verändern. Im Gegenteil: Die internationale politische Soziologie der „Neuen Rechten“ zeigt, dass personalisierende und dadurch übersimplifizierende Ansätze keinen emanzipativen Charakter haben, sondern zu Vereinzelung und Antagonismus führen oder gar einer „Querfront“ den Boden bereiten. Zweitens weist der Beitrag auf den Kulturkampf hin, den Antifaschist*innen international führen müssen, wollen sie rechtspopulistischen Kräften nicht das Feld überlassen.

Yannick Laßhof

Mit „Linksnietszcheanismus“ gegen Rechtspopulismus?

Kritik an politischer Korrektheit und Identitätspolitik präge derzeit die Debatten in der akademischen Linken, schreibt *Claudia Czingon* in ihrer Einleitung zum Heft der Zeitschrift *Leviathan* über „Anerkennung und Identität in Zeiten des Rechtspopulismus“ (S. 4).¹ Einige Beiträge vermitteln jedoch den gegenteiligen Eindruck, dass nämlich linke Akademikerinnen und Akademiker allzu selbstverständlich von der Annahme ausgehen, Individuen und Gruppen verfügten über eine gegen Diskriminierung zu verteidigende Identität. Der prominenteste Beitrag im Heft hält sich allerdings weitgehend fern von diesen Debatten: Anlässlich seines 90. Geburtstags beantwortet der Philosoph und Soziologe *Jürgen Habermas* in einem ausführlichen Interview die Fragen von *Claudia Czingon*, *Aletta Diefenbach* und *Victor Kempf*. Zunächst kritisiert der Jubilar *Andreas Reckwitz*, den „Soziologen der Generation Golf“ (S. 7). Dessen These vom Antagonismus zwi-

³ Vgl. <https://netzpolitik.org/2020/fritzfeed-virale-propaganda-afd/>; zuletzt eingesehen am 14.4.2020.

¹ *Leviathan* – Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft, 1/2020, 152 S., 36 Euro; das Interview mit J. Habermas ist verfügbar unter: <https://www.nomos-elibrary.de/10.5771/0340-0425-2020-1-7/moralischer-universalismus-in-zeiten-politischer-regression-juergen-habermas-im-gespraech-ueber-die-gegenwart-und-sein-lebenswerk-jahrgang-48-2020-heft-1?page=1>

schen akademisch-liberalen Großstadtmilieus einerseits und kleinstädtischen Mittel- und Unterschichten sei nicht überzeugend. Sie entkopple „eine sozialpsychologisch aufgebläuterte Kultur von jenen sozialstrukturellen Verwerfungen, die letztlich durch funktionale Imperative eines (...) deregulierten Weltmarktes ausgelöst“ würden (S. 7f). Man stelle „die Kausalitäten auf den Kopf, wenn sich im neoliberal entgrenzten Wettbewerb nur noch die kulturelle Eigenlogik der ‚Anerkennungsmärkte‘ spiegeln“ solle (S. 8). Zuzustimmen sei Thomas Pikettys Befund, wonach sich „der globale Kapitalismus durch den Zusammenhang der wachsenden sozialen Ungleichheit mit dem Aufstieg des Rechtspopulismus“ selbst gefährde; dabei reiche der Rechtspopulismus „weit über die marginalisierten Armutsschichten hinaus“ (ebd.). Aus Opportunismus gegenüber dem Weltmarkt verzichte die „politische Klasse“ auf Gestaltungsmöglichkeiten, was wiederum unter anderem zu einer Schrumpfung der Sozialdemokratie führe.

Kritisch äußert sich Habermas zur gesellschaftlichen Reaktion auf den Rechtspopulismus. Er habe kein Verständnis dafür, „Wutbürger in Watte zu packen“; Bürger seien Erwachsene und hätten Anspruch darauf, als solche behandelt zu werden (S. 15). Bis vor kurzem hätten Politiker ein klares Wort gegen die Rechten riskiert, ohne reflexhaft – „als müssten sie sich entschuldigen“ – über eine angebliche „Symmetrie von Rechts- und Linksextremismus“ (ebd.) zu sprechen. Ein Hintergrund dafür seien die undifferenzierte Abrechnung und „verquere Diskussionen über den Unrechtscharakter der DDR“, deren Bürger „schonungslos über denselben antikommunistischen Kamm geschoren“ worden seien (S. 16). Zugleich sei die „larmoyante Flucht“ eines Teils der Ostdeutschen in die Arme der AfD keine selbstbewusste Antwort, zumal die extreme Rechte ihre Organisationsfähigkeit jenen Kadern aus dem Westen verdanke, die den Osten seit 1990 infiltriert hätten (ebd.). An anderer Stelle äußert sich Habermas über den weltanschaulich-philosophischen Einfluss der Neokonservativen und des Poststrukturalismus. Letzterer habe „ausgerechnet mit Nietzsche, Schmitt und Heidegger“ eine Epoche „nach Aufklärung und Humanismus“ ausgerufen (S. 18).

Als Mittel gegen die von ihm beklagten gesamtgesellschaftlichen Tendenzen empfiehlt Habermas „demokratisch kontrollierte transnationale Regimes“ (S. 9) in „Kerneuropa“ auszubauen, gestützt von Deutschland und Frankreich (S. 10). Notwendig seien ein „rational verankerter Verfassungspatriotismus“ und eine „europäische Identität“ (S. 11). Dagegen lässt sich einwenden, dass die Forderung nach einem „Kerneuropa“ die dominante Position Deutschlands in der EU zugleich überdeckt und stärkt. Zudem ist die EU als bereits real existierendes „transnationales Regime“ keine prinzipielle Widersacherin oder Bändigerin der „Märkte“, vielmehr garantiert sie deren Funktionieren zugunsten der Kapitaleigner. Die Begriffe des „Verfassungspatriotismus“ und der „europäischen Identität“ laden zur ideologischen Überhöhung dieser Verhältnisse ein.

Wie um Habermas' Hinweis auf die konservativen Wurzeln des Poststrukturalismus zu bekräftigen, plädiert *Karsten Schubert* für eine „linksnietzscheanische“ und sich u.a. auf Foucault stützende Theorie zur Umverteilung von Macht. Als ein Spezifikum dieser Theorie nennt er das Postulat, dass das Verhältnis von Individuum und

Gesellschaft „generell vermachtet“ sei (S. 40). Der Autor behauptet, es gebe keine universellen Normen; zugleich definiert er Privilegien als „Vorteile, die sich aus den strukturellen Diskriminierungen anderer ergeben“ (S. 42). Gesellschaft sei ein „Kampf um Macht“, deshalb könnten die Benachteiligten nur bessergestellt werden, indem man die Privilegierten schlechterstelle. Das Credo des Autors lautet: „Macht, ergo Verletzung, gibt es so oder so, die Frage ist nur, wen sie trifft.“ (S. 44) Damit grenzt er sich von einem „politischen Liberalismus“ ab, der Menschen „vor politischem Zugriff schützen möchte“ (ebd.). An anderer Stelle tritt Schubert jedoch für ein urliberales Programm ein und will „universelle und gleiche Freiheitsrechte für alle“ (S. 45), allerdings ohne zu sagen, welche Rechte dies genau sind.

Schuberts Linksnietzscheanismus ist mehr nietzscheanisch als links. Der Autor versäumt es, zentrale Prämissen von Nietzsche bzw. Foucault zu hinterfragen. Gesellschaft ist nicht nur „Kampf um Macht“, sondern vor allem auch arbeitsteilige Existenzsicherung. Schubert überhöht „Macht“ zu einem zeitlosen, allgegenwärtigen und abstrakten Phänomen, statt nach ihren konkreten gesellschaftlichen Bedingungen, ihren interessierten Akteuren und den jeweiligen Machtmitteln zu fragen. Gleichzeitig behandelt er Macht, als sei sie ein knappes Gut, das einer Gruppe fehlen muss, wenn eine andere mehr davon erhält. Er übernimmt das Paradigma vom Krieg der Starken gegen die Schwachen und macht daraus einen Krieg zwischen Diskriminierten und Diskriminierenden, in dem es „Sieger“ und „Besiegte“ geben muss. Wie irreführend dies ist – zumindest in dieser überallgemeinen Form –, lässt sich an einem einfachen Beispiel zeigen: Die barrierefreie Gestaltung eines Bahnhofs erfordert es nicht, dass die Angehörigen einer bestimmten Gruppe – etwa der Nichtbehinderten – an „Macht“ verlieren oder gar „verletzt“ werden. Zwar kann es durchaus Konflikte darüber geben, ob, wann und in welchem Umfang Mittel für eine solche Maßnahme bereit gestellt werden, aber derartige Konflikte können heute nicht mehr adäquat als Auseinandersetzungen zwischen Behinderten und Nichtbehinderten beschrieben werden, u.a. weil Nichtbehinderte eine entsprechende Maßnahme aus den verschiedensten, auch eigennützigen Gründen unterstützen würden. Komplexere und schwerwiegendere Gegensätze – etwa im Hinblick auf einschneidenden Klimaschutz – lassen sich so ebenfalls nicht angemessen verstehen. Langfristige verallgemeinerbare Lösungen können in den Grenzen des Nietzscheanismus nicht einmal gedacht werden. Schuberts zentrale Forderung nach individuellen Freiheitsrechten geht wiederum nicht über die Schranken des Liberalismus hinaus. Der Autor scheint nicht auf die Idee zu kommen, dass Freiheit auch darin bestehen könnte, gemeinsam und gleichberechtigt mit anderen Gesellschaftsmitgliedern über die Mittel der Produktion und Bedürfnisbefriedigung verfügen zu können und dadurch gesellschaftliche Krisen zu überwinden.

Michael Zander

Kapitalismus verstehen!

Es ist an der Zeit, den Kapitalismus nicht länger als eine hinzunehmende Unausweichlichkeit zu begreifen, sondern sich wieder mit ihm auseinanderzusetzen. Po-

litisch sicher eine Binsenweisheit, wissenschaftlich betrachtet jedoch ein Erfordernis. Wenn es eine Alternative zu seiner schier unendlich scheinenden Fortexistenz gibt, dann kann sie nicht allein aus dem Traditionsfundus der antikapitalistischen Bewegungen, vor allem der Arbeiterbewegung, aus dem Köcher gezogen werden, sondern es kommt darauf an, Kapitalismus zu verstehen. Weshalb schafft er es immer wieder, schwerste Krisen wie die Weltwirtschaftskrise von 1929ff und die Wirtschafts- und Finanzkrise von 2007ff zu überstehen und sich neu zu formieren? Aber auch: Findet gerade im globalen Kapitalismus eine Abkoppelung der Kapitalakkumulation und der Reproduktionsbedingungen des Kapitalismus vom seit dem späten 19. Jahrhundert stärker akzeptierten demokratischen politischen System statt und eine globale Hinwendung zum Autoritarismus seiner Aufstiegsperiode? Kann man gar mutmaßen: it all begins where it ends? Muss man den Kapitalismus an der Gattungsfrage Klima stellen und überwinden?

Das aktuelle Heft von „Arbeit-Bewegung-Geschichte“¹ stellt sich diesen und ähnlichen Fragen mit verschiedenen Zugängen. Leider führt dieses Mal kein Editorial orientierend in die Heftstruktur ein. *Lutz Raphael* (Trier) erschließt in seinem Aufsatz „Arbeit im Kapitalismus“ (S. 7-25) alte und neue methodische Zugänge zu einer Sozialgeschichte der Arbeit im Kapitalismus. Er knüpft dabei natürlich an die grundlegenden marxistischen Kategorien wie Ausbeutung und Entfremdung an, stellt aber gleichzeitig auch Erkenntnisse der von Max Weber inspirierten Sozialgeschichte (Wehler, Kocka etc.) vor. Beiden Ansätzen stellt er den wirtschaftshistorisch geprägten Ansatz von Fernand Braudel an die Seite, der „Kapitalismus“ eher als Teilsystem eines umfassenden marktwirtschaftlichen Regulationssystems verstand. Diesen Ansatz bevorzugt der Autor offensichtlich, wenn er von der „Durchdringung unterschiedlicher *Kapitalismen*“ schreibt, die es zu historisieren und zu differenzieren gelte. Lässt man seine Vorbehalte gegen die traditionelle marxistische Sicht auf den Kapitalismus als eine gestufte Entwicklungsabfolge (Konkurrenzkapitalismus, Monopolkapitalismus, staatsmonopolistischer Kapitalismus, Finanzmarktkapitalismus) außer Acht, so erschließt der Ansatz Raphaels die Binnenstrukturen der Arbeit im Kapitalismus, indem er außer auf die Lohn- und Arbeitskämpfe als klassischer Bühne des Klassenkampfes zusätzlich auf Regeln gesellschaftlicher Arbeitsteilung und Arbeitshierarchien verweist und zusätzlich die „Mikroebene“ des Betriebes hinzu zieht. So entsteht eine Sicht auf die systemischen, organisatorischen, kulturellen wie rechtlichen oder geschlechtlichen Binnenstrukturen der Arbeit im Kapitalismus, der sozialwissenschaftlich Interessantes zu Tage fördern könnte. Überdies deckt sich dieser Ansatz mit Diskussionen und intersektionalen Verschränkungen, wie sie auch z.B. auf der ITH in Linz geführt werden. Jedenfalls versäumt es der Autor abschließend nicht festzustellen, dass die kapitalistischen Organisationsformen von Arbeit nicht das letzte Wort seien könnten.

Ein Fallbeispiel aus der Periode des Kampfes der Belegschaften der ehemaligen Volkseigenen Betriebe gegen ihre Abwicklung durch die Treuhand analysiert *Till*

¹ „Arbeit – Bewegung – Geschichte. Zeitschrift für historische Studien“ 2020/I (Januar 2020), Metropol-Verlag Berlin, 228 S., Einzelheft 14 €uro.

Goßmann (Weimar) am Beispiel der Aktivitäten zum Erhalt der Ilmenauer Glaswerke 1993-1994, die verhältnismäßig kooperativ und weniger kämpferisch organisiert waren als die Bewegung zur Rettung von Bischofferode, die der Autor als Vergleichsparameter heranzieht (S. 26-41). Die Ursache dafür sieht er sowohl in den Bedrohungen einer Umbruchsituation als auch in der mangelnden Kampferfahrung der Belegschaft aus Gründen der verkürzten Rolle der Gewerkschaften im realen Sozialismus, was er als Problem verallgemeinert. Dass wiederum die westdeutschen Gewerkschaften deutliche Vorbehalte gegen neue soziale Bewegungen hegten und sich schwer taten, z.B. deutliche Positionen im Kampf für die sexuelle Selbstbestimmung der Frauen und für ein liberales Abtreibungsrecht zu beziehen, rekonstruiert *Mandy Stalder-Thon* in ihrem Beitrag „Der DGB, die Neue Frauenbewegung und der Kampf gegen das Abtreibungsverbot“ (S. 42-57), in dem sie den spektakulären Prozess gegen den Gynäkologen Dr. H. Theissen und die Solidaritätsaktionen in Memmingen mit den betroffenen Frauen berücksichtigt. Von biographischer und deutsch-deutscher Relevanz zum Umgang mit der NS-Vergangenheit ist der Beitrag von *Christian Dietrich* (Frankfurt/Oder) über den Schriftsteller, Juden und Sozialisten Peter Edel (S. 58-70). Ein tiefdunkles Kapitel der Geschichte der kommunistischen Bewegung, nämlich die Verfolgung von deutschen Komintern-Mitarbeitern während der Stalinschen Säuberungen und ihrer posthumen, oft nur verhalten vorgenommenen Rehabilitierungen in der Nach-Stalinzeit bis zum Ende des sozialistischen Lagers, thematisiert *Jacques Mayer* (Berlin). Doch tat sich nicht nur die KPdSU schwer, die in Ungnade gefallenen, hier besonders betrachteten 32 Politemigranten wie Hugo Eberlein, Leo Flieg, Heinrich Kurella, Herrmann Remmele oder Heinz Neumann, von denen 19 erschossen wurden, zu rehabilitieren, auch die SED brauchte bis 1989 dazu (S. 71-94).

Höhepunkt des Heftes ist zweifellos das Interview mit *Theodor Bergmann* (1916-2017), des Marxisten und kritischen Kommunisten, das *Loren Balhorn* (Berlin) führte. An der Person und der Biographie Bergmanns erhellt das Gespräch Kämpfe, Leben und Lebensumstände eines ganzen Jahrhunderts von der Weimarer Republik bis in die Gegenwart und erinnert an weitere bedeutende Personen des Linkssozialismus wie Heinrich Brandler, August Thalheimer, Toni Sender, Max Seydewitz und Kurt Rosenfeld, Willy Bleicher, Paul Levi (S. 96-139). Es folgen vier Beiträge zur „Geschichtskultur“, vorwiegend aus der Frauenbewegung, Berichte, z.B. von der 55. ITH in Linz und 17 Buchbesprechungen, in denen es viel Lesenswertes zu entdecken gibt. Insgesamt überwiegend eine zu empfehlende Lektüre, wenn auch gerade im Kapitalismus-Block ein wenig die Klammer fehlt.

Holger Czitrich-Stahl